

Protokoll zur ARGE-Sitzung am 06.07. 2013

1. Begrüßung durch den Vorstand

Reinhold Hildebrandt begrüßt als Organisator der Sitzung die zahlreich erschienenen Elternvertreter/Elternbeiratsvorsitzenden diverser Realschulen von nah und fern.

Es schließt sich eine kurze Vorstellungsrunde unter Benennung der Schule und der Schülerzahl an.

Von den eingeladenen Gastrednern erscheint nur Herr Dr. Peter, Sprecher des Kultusministeriums. Er weist darauf hin, dass die Antwort auf den offenen Brief am 1. Juli 2013 versandt wurde (bei der Übertragung der Email-Adresse hat sich ein Tippfehler eingeschlichen). Der 4seitige Antwortbrief läuft während der Sitzung um.

2. Bericht des Vorstandes

Für den LEB berichtet Sabine Leber-Hoischen über eine landesweite Verunsicherung aller an Realschulen Beteiligten. Die Zukunft der Realschulen sei unklar. Für die Betroffenen gibt es keine Informationen über den Stand der Planungen.

Aus dem Gremium wird als unbefriedigend geäußert:

- die ständigen Wechsel der Projekte in der Schulentwicklung
- die für die vom Kultusministerium geforderte Profilentwicklung der einzelnen Schulen und die fehlende notwendige Lehrerausstattung,
- der weiterhin hohe Unterrichtsausfall
- die mittlerweile stark zurückgehende Motivationslage der Eltern zur Mitarbeit in welcher Form auch immer.

3. Diskussion zur aktuellen Situation

Unterrichtsausfall: wird von allen beklagt

Heterogenität

in den Klassen: Die Heterogenität in den Klassen ist für die LehrerInnen ein großes Problem. Sie sind hierfür nicht ausreichend ausgebildet. Es sind nicht genügend zusätzliche Stunden für die entsprechende Ausbildung vorgesehen.

Fortbildung

der Lehrer:

Muss verbindlich und damit auch eindeutiger planbar sein.

Klassenfahrten/ Zusatzangebote:

Auch hierfür muss von vornherein der entsprechende Ausfall abgefangen werden können, was intern aufgrund der ohnehin „schmalen“ Besetzung nicht möglich ist. Wenn wir alle also weiterhin Klassenfahrten und Zusatzangebote wollen, dann müssen wir hierfür die entsprechende Stundenversorgung bzw. Lehrerversorgung einfordern.

4. Herr Dr. Peter stellt die Situation aus der Sicht des Kultusministeriums dar:

- Baden-Württemberg muss 2 ½ Mrd. € pro Jahr einsparen
- Es wird zu Kürzungen beim Personal kommen.
Er macht deutlich, dass das Land Baden-Württemberg als Kernfelder nur bei der Polizei, beim Straßenbau oder bei der Bildung sparen könne – gespart werden müsse auf jeden Fall! Die politische Entscheidung, wo noch eingespart werden soll, ist noch nicht gefallen.
- Die Inklusion muss, da gesetzlich vorgeschrieben, implementiert werden.
- Die demographische Entwicklung wird dazu führen, dass kleinere Schulen geschlossen werden.
- Einige Realschulen werden sich folglich auch zu Gemeinschaftsschulen entwickeln müssen, aber sie werden dazu nicht gezwungen.
- Ziel ist ein zweigliedriges System der Sekundarschulen, wie bereits von Ministerpräsident Kretschmann geäußert. (Gymnasien einerseits und Gemeinschaftsschulen andererseits).

Im Gegensatz zu Bayern gebe es in Baden-Württemberg keine planmäßige Überversorgung mit Lehrern. Das werde sich auch angesichts der knappen Kassen nicht ändern. Es seien 1266 KV-Lehrer fest angestellt. Zum Schuljahresanfang gebe es etwa Bedarf für 1700 KV-Lehrer. Regelmäßig könne man mit Zeitverträgen Lehrer anstellen, um den Bedarf zu decken. Eine Festanstellung dieser Lehrer würde das Land aber zusätzliche 3 Millionen Euro kosten. Es sei für Lehrer, die aufgrund ihrer Noten nicht für eine sofortige Festanstellung in Frage kämen, eine Chance, die Aussichten auf eine Festanstellung zu verbessern. Dem Kultusministerium sei durchaus bewusst, dass dieser Zustand für die betroffenen Lehrer nicht motivierend sei.

Dr. Peter verweist darauf, dass doch viel getan werde:

- Fremdevaluation
- Profilanalyse AC für die 8. Klassen. Die Realschulen erhalten ein sog. Kompetenzraster, um für die Schüler ein entsprechendes Profil zu erstellen und Pläne zu vereinbaren, die Schüler individuell zu fördern. Darauf angesprochen, dass bei der Profilanalyse AC zwar die Durchführung gut strukturiert sei und die entsprechend geschulten Lehrer hier auch positiv berichten, dass aber die „Nachbereitung“ – die individuelle Förderung – derzeit noch nicht durch entsprechende Planstunden abgedeckt sei, zeigt sich Dr. Peter überrascht.

Zum Thema Fremdevaluation berichtet Dr. Peter, dass seitens des Ministerpräsidenten und auch im Kultusministerium davon gesprochen werde, die Fremdevaluation wieder abzuschaffen, weil die Gelder für die sich aus der Evaluation ergebenden Maßnahmen fehlten.

Herr Dr. Peter weist darauf hin, dass Eltern, vor Ort ein großes Gewicht haben könnten, wenn sie als lautstarke Interessenvertretung gegenüber den Städten und Gemeinden wahrgenommen werden. In der Diskussion wird auf den GEB Pforzheim und die Arbeit der Eltern von Schülern an Gymnasien verwiesen.

Herr Dr. Peter berichtet über die Planungen zur Lehrerausbildung.

Dr. Peter bedauert die wenig konstruktive Haltung des Realschullehrerverbandes. Dies hätte er Frau Dethleffs-Niess, die leider nicht erschien, gerne selbst gesagt. Der RLV habe eine Forderungshaltung, ohne konstruktive Vorschläge zu machen.

Des weiteren sehr umstritten sei die geschuldete Arbeitszeit der Lehrkräfte, die ja nicht nur die Deputatstunden umfasse, sondern bei vollem Deputat 41 Stunden in der Woche bei 30 Tagen Jahresurlaub betrage. Es sei bekannt, dass Lehrer ab 50. in steigender Tendenz an Burn Out erkranken. Ursachen dafür sei z.B. die veränderte gesellschaftliche Situation und das Verhalten der heutigen Schüler und weniger die Arbeitsbelastung. Darauf müsse geschaut werden.

5. Sonstiges

Wir können keinen Vertreter des Realschullehrerverbands begrüßen, obwohl auch ein Vertreter des Verbandes eingeladen wurde.

Um 12.45 Uhr endet die Sitzung mit einem Dank an Dr. Peter, der sich unseren emotionalen Fragen stellte und uns die Lage aus der Sicht des Ministeriums betrachten ließ.

Fazit :

Für uns als ARGE wird die Hauptarbeit nun darin liegen, möglichst viele der Elternbeiräte bzw. Elternvertreter der über 100 Realschulen im Land Baden-Württemberg zu aktivieren. Wir müssen es gemeinsam schaffen, für die Realschulen ebenfalls eine Flut von Briefen, Postkarten, emails oder was auch immer Richtung Ministerium auf den Weg zu bringen, damit auch die Eltern der Realschüler Gehör finden!

Mit freundlichen Grüßen

gez. Carmen Haaf

Vorstandsmitglied der ARGE RS RB KA